

# Kommunalwahlprogramm 2026

## Präambel

Die Linke Fulda steht für eine soziale, antifaschistische und antirassistische Kommunalpolitik. Wir stellen das gute Leben im Alltag der Menschen in den Mittelpunkt – mit starker öffentlicher Daseinsvorsorge, demokratischer Teilhabe und konsequentem Klimaschutz. Wir setzen auf die Idee der sorgenden Stadt: kümmern statt kürzen. Öffentliche Mittel gehören in Soziales, Bildung, Gesundheit und den kommunalen Klimaschutz. Militarisierung lehnen wir ab.

## 1. Bezahlbarer Wohnraum für alle

- Kommunale / gemeinwohlorientierte Wohnungsstrategie: Bestand sichern, Neubau sozial ausrichten, Privatisierung kommunalen Wohnraums ausschließen.
- Dauerhafte Mietpreisbindungen bei gefördertem Wohnraum; sozial gerechte Stadtplanung und aktive Bodenpolitik (Vorkaufsrechte, Konzeptvergaben).
- Bezahlbares Wohnen für Studierende und Auszubildende: Wohnheime erhalten / ausbauen, kleine bezahlbare Einheiten fördern.
- Barrierefreier und altersgerechter Wohnraum: Neubauten und Umbauten konsequent barrierefrei planen; Aufzüge, stufenlose Zugänge und wohnortnahe Unterstützungsangebote fördern; Wohnraumberatung ausbauen.
- Indexmietverträge in Stadt und Landkreis untersagen

## 2. Soziale Stadtentwicklung und wirksamer Mieterschutz

- Verbindliche Sozialwohnungsquote bei Neubauten auf städtischen Flächen (mindestens 30 %).
- Mieter\*innen schützen: energetische Sanierungen sozial gestalten, Verdrängung verhindern (Milieuschutzgebiete).
- Leerstand und Spekulation bekämpfen: Erfassen von Leerständen, Zweckentfremdungssatzung; Umnutzung von Leerstand erleichtern.
- „Housing First“- Konzepte implementieren
- Miettransparenz stärken: nachvollziehbare Nebenkostenabrechnungen, Energieversorgung und Modernisierungsumlagen; Standards in kommunalen / öffentlich geförderten Beständen.

## Kommunalwahlprogramm 2026

- Ländlicher Raum: Baulücken schließen und Leerstände umfunktionieren; wo zusätzlicher Wohnraumbedarf besteht, flächensparende neue Bauplätze nur unter strengen Klima- und Infrastrukturkriterien (Innenentwicklung vor Außenentwicklung).
- Kostenlose bzw. niedrigschwellige Mietrechtsberatung (kommunal / in Kooperation mit Beratungsstellen) ausbauen.

### 3. Bezahlbarer und zuverlässiger Nahverkehr

- ÖPNV günstiger und perspektivisch fahrscheinlos: Einstieg mit kostenfreien Tickets für Schüler\*innen, Azubis, Senior\*innen sowie Menschen mit geringem Einkommen.
- Bus- und Bahnangebot ausbauen: dichter und verlässlicher Takt, bessere Abend-, Wochenend- und Sonntagsanbindungen; verlässliche Anschlüsse (z.B. Party- / Nachtbus).
- Direktverbindungen stärken: Stadtteil- und Umlandverbindungen ohne unnötige Umwege über zentrale Knoten; Ringbussystem zur Entzerrung und besseren Erreichbarkeit.
- Kapazitäten erhöhen: Entlastung überfüllter Züge/Busse durch Takt- und Fahrzeugverstärkung.
- Barrierefreiheit und Fahrgastinformation: stufenlose Zugänge, taktile Leitsysteme, akustische Signale sowie visuelle Echtzeit-Anzeigen mit verlässlichen Informationen.
- Rad- und Fußverkehr sicher machen: durchgängige Radwege mit besonderem Fokus auf Kreuzungen, Abbiegesituationen und Spurwechsel; sichere Querungen, Ampeloptimierung und bessere Beschilderung.
- Tempo 30 und Verkehrsberuhigung: Einführung/konsequenterer Durchsetzung von Tempo-30-Zonen und verkehrsberuhigten Bereichen; Verkehrsberuhigte Zonen zur Reduzierung des Autoverkehrs in der Innenstadt.
- Parkraumstrategie: Park+Ride-/Quartiersgaragen gut anbinden; Kreisverkehre bei Umbauten prüfen.

## Kommunalwahlprogramm 2026

### 4. Öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge sichern – inklusive Digitalisierung

- **Priorität im Haushalt:** Kitas, Schulen, Schwimmbäder, Sport- und Jugendangebote (z.B. Weiterentwicklung des Jugend- und Kulturzentrums L14 und des Stadtteiltreffs „Wohnzimmer“).
- **Kinder, Jugendliche & Bildung:** Ausbau von Betreuungsangeboten (inkl. Krippenplätzen); bessere Ausstattung von Schulen; kostenfreie oder sehr günstige Freizeit- und Bildungsangebote; mehr Jugendtreffs – insbesondere in Ortsteilen/ländlichen Bereichen.
- **Nicht-kommerzielle Begegnungsorte stärken:** Quartiers-/Stadtteilzentren, konsumfreie Aufenthaltsräume und Sitzgelegenheiten, barrierearme öffentliche Räume; bestehende Treffpunkte und Gemeinschaftsflächen revitalisieren.
- **Nachbarschaft und Gemeinschaft fördern:** Unterstützung und vereinfachte Genehmigungen für Nachbarschafts- und Straßenfeste – auch außerhalb der Innenstadt.
- **Nahversorgung sichern:** wohnortnahe Angebote des täglichen Bedarfs (Einkauf, Bäcker, Grundversorgung) in ländlichen Stadtteilen/Ortsteilen erhalten und ausbauen – z. B. durch Dorfläden, Wochenmärkte, mobile Angebote und Kooperationen mit regionalen Betrieben.
- **Innenstadt, Kultur und Nachtleben stärken:** aktives Leerstandsmanagement und Zwischennutzungen für soziale/kulturelle Projekte; Kulturtafel/Sozialtarife und regelmäßige kostenfreie Kulturtage (z.B. Eintrittsfreier Sonntag in Museen); Runder Tisch Nachtleben mit Lärmschutz- und Nachbarschaftsanliegen; Kooperationen mit der Hochschule Fulda (Projekte, Mentoring, Bleibeperspektiven für internationale Studierende schaffen).
- **Bürger\*innen frühzeitig beteiligen:** verbindliche Beteiligungsformate bei Planungen öffentlicher Räume.
- **Bürgernahe Verwaltung:** Personal stärken, Verfahren vereinfachen; „Open-Source-first“ (US-unabhängige Verwaltungsstrukturen), digitale Barrierefreiheit und Datensouveränität.
- **Stadtverordneten-Versammlungen** sollen live übertragen werden.

## Kommunalwahlprogramm 2026

### 5. Gesundheit und Pflege wohnortnah, gemeinwohlorientiert

- Wohnortnahe Versorgung stärken: Gesundheitszentren / Primärversorgung in Stadtteilen und im Umland vorantreiben.
- Erreichbarkeit ohne Auto verbessern: medizinische Versorgung über ÖPNV- und Barrierefreiheitsmaßnahmen planbar erreichbar machen (Haltestellen, Takte, Wegeketten) und digitale/aufsuchende Angebote ergänzen.
- Pflegestrukturen ausbauen: Pflegestützpunkte, Gemeindepflege, Beratung und Entlastungsangebote stärken – gemeinsam mit gemeinnützigen Trägern.
- Gute Arbeitsbedingungen: faire Bezahlung, mehr Personal und bessere Ausbildungsbedingungen in Pflege und Gesundheit.
- Krankenhausversorgung in öffentliche Hand zurückführen; Rekommunalisierung unterstützen, wo erforderlich.
- Gesundheitsorientierte Suchthilfe ausbauen: Streetwork und niedrigschwellige Beratung; bei Bedarf Drogenkonsumraum mit tragfähigem Träger- und Sicherheitskonzept prüfen und bereitstellen.

### 6. Gute Arbeit und faire Bezahlung, auch in kommunalen Strukturen

- Tariftreue und Mitbestimmung: kommunale Einrichtungen und Beteiligungen zahlen tarifgebunden; Vergaben mit Sozialstandards.
- Gleiche Arbeit – gleicher Lohn: faire Bedingungen für Beschäftigte kommunaler Arbeitsstrukturen sicherstellen (keine Leiharbeit in kommunaler Trägerschaft).
- Mehr Personal dort, wo es gebraucht wird: Kitas, Schulen, Jugendarbeit, Verwaltung, Pflege; Qualifizierung und Weiterbildung unterstützen.

### 7. Gerechte und nachhaltige Finanzen

- Gerechte Einnahmen und Lasten: große Unternehmen stärker heranziehen, kleine Betriebe entlasten; kommunale Einnahmehasis stärken.
- Transparenter Haushalt: verständliche Darstellung, öffentliches Investitionsmonitoring, Bürger\*innenhaushalt einführen.

## Kommunalwahlprogramm 2026

- Sozial, regional, klimafreundlich einkaufen: ökologische und soziale Kriterien verbindlich für öffentliche Ausschreibungen machen; lokale Wertschöpfung stärken.
- Kommunale Finanzierung gegenüber Land/Bund: Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ konsequent einfordern.
- Mehr Geld für Frauen, Senior\*innen und Jugendarbeit im Haushalt bereitstellen.

### 8. Gleichstellung, Vielfalt, Integration und Sicherheit

- Istanbul-Konvention umsetzen: Frauenhäuser, Schutz- und Beratungsstellen sowie Prävention gegen Gewalt deutlich ausbauen.
- Dafür auch mehr Mittel für das Frauenbüro der Stadt Fulda.
- Vielfalt schützen: gezielte Förderung von Projekten für Gleichstellung, Queerness, Antirassismus und Antidiskriminierung; sichere Anlaufstellen in der Stadt.
- Sichere öffentliche Räume: gute Beleuchtung, klare Wegführung und präsenzte Sozialarbeit/Streetwork – nicht flächendeckende Überwachung; Pilot „Nightline/Nachtwege-Hotline“ für sichere Heimwege prüfen.
- Konsequente Haltung gegen Rechtsextremismus: Prävention, Bildungsarbeit und Unterstützung der Erinnerungskultur.
- Ein Verbot privater Pyrotechnik, vor allem zu Silvester, einführen und konsequent umsetzen. Prüfen kommunal-gestellter öffentlicher Alternativen.
- Unterstützung des zivilen Katastrophenschutzes (z.B. THW) in Stadt und Landkreis.
- Menschenwürdige und integrative Unterbringung von geflüchteten Menschen
- Abschaffung der Bezahlkarte für Geflüchtete.
- Kein Arbeitszwang für Migrant\*innen für unwürdige Kompensationen bei gleichzeitig erleichtertem Zugang zu sozialversicherungspflichtiger Arbeit.

### 9. Klimaschutz sozial gerecht gestalten

- Kommunalen Klimafonds einführen: energetische Sanierungen und Klimaanpassung fördern – besonders für einkommensschwache Haushalte.

## Kommunalwahlprogramm 2026

- Solar-Offensive: kommunale Dächer und geeignete Flächen bis 2030 systematisch mit Photovoltaik ausstatten; PV auf Parkplätzen/Parkhäusern prüfen.
- Mehr Grünflächen, weniger Hitze: Baumpflanzprogramme, Entsiegelung, Schatten- und Trinkwasserangebote, Extremwettervorsorge.
- Bürger\*innen einbeziehen: Patenschaften, Mitmach- und Pflegeprogramme für Grünflächen, Gemeinschaftsgärten und Städtisches Gärtnern; transparente Beteiligung bei Planung und Nutzung.
- Verkehrswende und Luftqualität: Rad- und Fußverkehr stärken; Lärm- und Luftmonitoring ausbauen, Umweltzonen einführen.
- Einführung einer Baumschutzverordnung

### 10. Demokratie und Beteiligung stärken – plus Friedenskommunalpolitik

- Frühzeitige Information statt nachträglicher Bekanntgabe: Entscheidungen und Varianten transparent machen, bevor Beschlüsse gefasst werden.
- Verständliche, niedrigschwellige Kommunikation: klare Sprache und feste Kanäle (Flyer, Social Media, Newsletter/E-Mail, Sprechstunden) – auch für Ortsteile.
- Mehr direkte Demokratie: Bürgerentscheide/Begehren erleichtern und aktiv ermöglichen; offene Informations- und Beteiligungsveranstaltungen regelmäßig durchführen.
- Bürger\*innenräte und Stadtteilforen mit echter Mitsprache; transparente Entscheidungen und nachvollziehbare Begründungen.
- Jugendparlament und Schüler\*innenräte mit verbindlichen Anhörungsrechten; Beteiligung digital und analog ermöglichen.
- Klare Zuständigkeiten: Verantwortliche und Entscheidungsträger\*innen sichtbar benennen (Kontaktstellen, Zuständigkeitsübersichten, Rückmeldefristen).
- Vereine und Ehrenamt stärken: niedrigschwelliger Zugang zu öffentlichen Räumen, Unterstützung und Entbürokratisierung.
- Friedenskommunalpolitik: städtische Kooperationen und Mittel an zivilen, sozialen und friedenspolitischen Leitlinien ausrichten; Priorität für Soziales, Bildung, Gesundheit und Klima.
- Wir setzen uns gegen Aufrüstung, Militarisierung und Stützpunkte in und um unsere Stadt ein.
- Ausbau und Aufrechterhaltung von Städtepartnerschaften.